

d·i·e

Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik



German Development  
Institute

## *Green Economy* – Versprechen oder reale Chance für nachhaltige Entwicklung?

Von Dr. Imme Scholz,  
*Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik (DIE)*

# Die aktuelle Kolumne

vom 29.05.2012

## Green Economy – Versprechen oder reale Chance für nachhaltige Entwicklung?

Bonn, 29.05.2012. Gegenwärtig wird bei den Vereinten Nationen (VN) in New York über eine gemeinsame Abschlusserklärung verhandelt, die auf der VN-Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung, kurz Rio+20 genannt, im Juni in Rio de Janeiro von Regierungschefs und Umweltministern verabschiedet werden kann. Ein wichtiger Streitpunkt dabei ist, inwiefern eine ökologische Umgestaltung der Wirtschaft (*Green Economy*) dazu beitragen kann, die Armut zu verringern und eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Vor 40 Jahren, auf der ersten Umweltkonferenz der VN in Stockholm, hatte die damalige indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi erklärt: „Armut ist der größte Umweltverschmutzer“. Erst muss die Armut verringert werden, dann können wir uns um den Umweltschutz kümmern. Ähnliche Argumente kann man auch hierzulande hören: Umwelt- und Klimaschutz sind etwas für Zeiten, in denen die Wirtschaft wächst. Ist die Konjunktur jedoch schwach, dann müssten der Wirtschaft diese Ausgaben erspart bleiben.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, UNEP, unter der Leitung des Deutschen Achim Steiner, hat im letzten Jahr ein Konzept der *Green Economy* vorgelegt, mit dem sie dieses Schönwetterdenken überwinden wollte. Zwei Mythen wollte sie damit widerlegen: Erstens, dass wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Nachhaltigkeit nicht miteinander vereinbar sind und zweitens, dass sich deshalb nur diejenigen Länder, die bereits reich sind, den Luxus einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft leisten können.

Stattdessen macht das UNEP eine andere Rechnung auf: Mittelfristig, ab etwa 2017, werden mit Investitionsstrategien, die sich an "grünen" Zielen orientieren, höhere Wirtschaftswachstumsraten erzielt als mit herkömmlichen Strategien, und dieser Abstand vergrößert sich bis 2040 immer mehr, und zwar zugunsten der grünen Strategien. Gleichzeitig werden die Treibhausgasemissionen verringert, die Wälder geschützt, die Landwirtschaft produktiver gemacht sowie die Städte mit energieeffizienter Infrastruktur versorgt, Arbeitsplätze geschaffen und die Armut verringert. Die notwendige Investitionssumme dafür, so die UNEP-Berechnungen, beläuft sich auf weniger als ein Zehntel der globalen jährlichen Bruttoinvesti-

tionen. Es würde ausreichen, zwei Prozent der globalen Wirtschaftsleistung jährlich in zehn verschiedenen Sektoren so zu investieren, dass ökologische Ziele Vorrang bekommen, um global nachhaltiges Wachstum und Einkommenszuwächse zu sichern. Ein wichtiges Element dieser Vorschläge ist, dass für die Nutzung von Naturkapital bezahlt werden soll und dass diejenigen, die das Naturkapital pflegen, dafür entlohnt werden sollen (z. B. für den Schutz des Tropenwaldes und der Biodiversität). Durch die Veränderung von Preis- und Kostenstrukturen sollen private „grüne“ Investitionen attraktiv gemacht werden.

Wenn das so ist, warum feiert dann das Konzept der *Green Economy* in New York keine Erfolge? Im Gegenteil, es ist heiß umstritten und zwar sowohl zwischen reichen und armen Ländern als auch innerhalb dieser beiden großen, heterogenen Gruppen. Dafür gibt es viele verschiedene Gründe; einige werden hier genannt.

Kurzfristige Kosten, mittelfristige Erfolge: Das UNEP hat berechnet, dass mit einer grünen Investitionsstrategie ein höheres globales Wachstum erzielt werden kann als im Rahmen von *business as usual*. Allerdings ist dies erst etwa zehn Jahre nach der Umstellung der Fall. Daraus ergeben sich Fragen: Wer gewinnt, wer verliert? Wie verteilt sich das globale Wachstum auf die unterschiedlichen Sektoren und Länder? Wer trägt die Übergangskosten? Wohin mit den nicht mehr nachgefragten Arbeitskräften und woher sollen die mit den neuen Qualifikationsprofilen kommen?

Wissensintensität: Die *Green Economy* ist wissens- und technologieintensiv; und die höchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden in den OECD-Ländern gemacht. Nur China hat bisher zur Gruppe der Wissens- und Informationsgesellschaften aufgeschlossen; einige südamerikanische Länder ziehen mit den kleineren europäischen Ländern gleich, während in den afrikanischen Entwicklungsländern die Ausgaben für Forschung und Entwicklung verschwindend gering sind. Umwelt- und Entwicklungsministerien stimmen ihre Kooperationsstrategien in der Regel nicht mit den Forschungsministerien ab, und viele arme Länder fürchten daher, dass das „grüne“ Wachstum vor allem in den OECD-Ländern stattfinden wird. Aber auch die Industrieländer sind unterschiedlich gut

auf diese grüne Wende vorbereitet und wollen die Anpassungskosten so weit wie möglich in die Zukunft verschieben, wie die kontroverse Debatte um die Klimapolitik in der EU gezeigt hat.

Sozialverträglichkeit: Das UNEP berechnet positive Wirkungen für Beschäftigung und Einkommen, wenn die Wirtschaft ökologisch modernisiert wird. Modernisierung produziert aber auch Verlierer. Deren Rechte auf Naturnutzung, auf Nahrung und Wasser dürfen in der Rio-Erklärung im Juni nicht fehlen, ebenso wenig das Verursacher- und das Vorsorgeprinzip. Das UNEP nennt diese Rechte und Prinzipien nicht explizit – und die Aufnahme dieses Rechtsbestands in die Rio-Abschlussklärung ist bei den Verhandlungen in New York umstritten. Dagegen protestieren vor allem Nichtregierungsorganisationen.

Schließlich sei noch ein grundsätzlicher Einwand formuliert: Betrachtet man den dynamischen Anstieg des Umweltverbrauchs, der den Wohlstandszuwachs der letzten 20 Jahre begleitet hat, entstehen Zweifel an der Annahme, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch könnten entkoppelt werden. Der rasante technologische Fortschritt seit der industriellen Revolution verleitet zu der Vorstellung, es gebe keine Grenzen für die Nutzung der natürlichen Ressourcen: Die Erfindung des Kunstdüngers und der vielfältige technische Einsatz fossiler Energieträger suggerierten die endgültige Überwindung der Abhängigkeit von der Natur, von Wetter, Jahreszeiten,

Tag und Nacht. Der Klimawandel zeigt am deutlichsten, welche verheerenden Folgen diese Haltung hat: Klima und Wetter werden sich ändern, und wir können nur versuchen, diese Änderung zu verlangsamen und abzumildern. Die Aussicht, ein so komplexes System wie das globale Klima auf verlässliche Weise zu steuern, besteht nicht. Aber auch Ozeane, Böden und Flüsse sind übernutzt und verschmutzt und die chemische Verunreinigung wächst dramatisch.

Angesichts dieser Situation fragen Ökonomen wie der Brite Tim Jackson, ob es in den Industrieländern nicht eher darum gehe, Konsum und Produktion vom Wachstumszwang zu befreien und andere Formen von Wohlstand zu erreichen. Ein Wohlstand, der das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung nicht mit ökonomischem Status verwechselt, der es ermöglicht, die Verwendung der eigenen Lebenszeit nicht vor allem am damit zu erzielenden Verdienst zu orientieren, sondern soziale, ökologische und kulturelle Bedürfnisse gelten lässt.

Unbestritten ist, dass die Wirtschaftskraft der armen Länder gestärkt werden muss – und das Verdienst des UNEP ist es, ihnen dafür einen "grünen" Weg vorzuschlagen. Diesen Weg können sie aber nicht ohne die reichen Länder gehen, und auch für sie gilt die Notwendigkeit einer "grünen Transformation".



Dr. Imme Scholz

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)